

## A7 Niedersachsen Grenzenlos: Wir stehen für Bleiberecht und Menschenrechte

Gremium: LAG Europa und Internationale Zusammenarbeit  
Beschlussdatum: 21.05.2021  
Tagesordnungspunkt: 11. Weitere Anträge

### Antragstext

1016 Gemeinsamer Antrag der LAG Europa und Internationales und LAG Migration und  
1017 Flucht

1018 Menschenrechte gelten auch für Frontex

1019 Immer wieder wird über völkerrechtswidrige Pushbacks durch die europäische  
1020 Grenzschutzagentur Frontex und oder in Kooperation mit nationalen Grenzpolizeien  
1021 berichtet. Im Herbst 2020 veröffentlichten das ARD-Politikmagazin "Report Mainz"  
1022 und "Der Spiegel" eine gemeinsame Recherche, der zufolge Frontex-Beamt\*innen von  
1023 illegalen Pushbacks der griechischen Küstenwache wussten und selbst daran  
1024 beteiligt waren. In mindestens einem Fall war die deutsche Bundespolizei  
1025 involviert. An den Einsätzen von Frontex sind auch Polizeibeamt\*innen aus  
1026 Niedersachsen beteiligt. So waren zwischen 2020 und 2021 27 Polizist\*innen aus  
1027 Niedersachsen in Griechenland für Frontex im Einsatz. Insgesamt waren in diesem  
1028 Zeitraum 41 Landespolizist\*innen an Frontex-Einsätzen beteiligt. Gleichzeitig  
1029 ist noch keine Stelle der bis zum 5. Dezember 2020 einzustellenden 40  
1030 Grundrechtsbeobachter\*innen besetzt, die die Arbeit von Frontex kontrollieren  
1031 sollen [Stand: 29.3.21] Seit 2005 ist ein massiver Anstieg des Budgets von  
1032 Frontex von 6 Millionen auf 364 Millionen in 2020 zu beobachten. Damit einher  
1033 gehen deutliche Aufstockungen bei Personal und Ausrüstung der  
1034 Grenzschutzagentur, inklusive einer im Aufbau befindlichen ständigen Reserve von  
1035 10.000 Frontex-Einsatzkräften.

1036 Wie viele Bundes- oder Landespolizist\*innen für Frontex insgesamt abgestellt  
1037 wurden oder aktuell abgestellt sind, ist nicht bekannt und wird von der  
1038 Bundesregierung geheim gehalten. Laut Antwort auf eine Anfrage der Grünen  
1039 Bundestagsfraktion (BT-Drs. 19/280434) sind im Jahr 2021 insgesamt 826  
1040 Einsatzkräfte aus Deutschland für Frontex zu stellen. Für die ständige Reserve  
1041 sollen im Jahr 2027 1052 Einsatzkräfte aus Deutschland entsandt werden.

1042 Aufgrund nicht aufgeklärter Völkerrechts- und Menschenrechtsverstöße oder  
1043 Beteiligung von Frontex bzw. Kenntnis von völkerrechtswidrigem Verhalten durch  
1044 nationale Grenzpolizeien und Unterlassen von Hilfeleistung durch Frontex-  
1045 beamt\*innen beschließen wir

- 1046 • Die gegen Frontex vorgebrachten Vorwürfe müssen mit einer unabhängigen  
1047 Untersuchung vollumfänglich aufgeklärt und entsprechend geahndet werden.  
1048 Ebenso ist sicherzustellen, dass sich deutsche Beamt\*innen in Frontex-  
1049 Einsätzen nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligen. Solange das  
1050 nicht sichergestellt werden kann, wird Niedersachsen keine  
1051 Landesbediensteten in Frontex Einsätze entsenden;
- 1052 • Stopp der Frontex-Kooperation (Ausrüstung): Wir setzen uns dafür ein, dass  
1053 Frontex solange nicht durch die Bundesregierung oder deutsche Firmen bei  
1054 der Ausrüstungsbeschaffung unterstützt wird, bis die Untersuchung der

1055 Menschenrechtsverletzungen bei Frontex Einsätzen abgeschlossen ist.  
1056 Langfristiges Ziel ist eine Abrüstung von Frontex,

1057 • Sensibilisierung und Weiterbildung: Die Weiterbildung in den Bereichen  
1058 Völkerrecht und Menschenrechte von niedersächsischen Beamt\*innen sind vor  
1059 Entsendung zu gewährleisten und erheblich zu verbessern. Gleichzeitig  
1060 müssen anlasslose Supervisionen der niedersächsischen Beamt\*innen, die an  
1061 Frontex-Einsätzen teilnehmen, strukturell verankert und als Standard  
1062 eingefordert werden.

1063 • Transparenz und Compliance: Die Strukturen zur internen anonymen  
1064 Beschwerde auf europäischer (direkte Weiterleitung von Beschwerden an den  
1065 Frontex-Grundrechtsbeauftragten) und nationaler Ebene müssen erheblich  
1066 verbessert werden, sodass eine effektive und unabhängige Kontrolle von  
1067 Fehlverhalten möglich ist. Die Besetzung offener Positionen von  
1068 Grundrechtsbeobachter\*innen ist mit höchster Priorität voranzutreiben.  
1069 Zudem muss ein unabhängiger, transparenter und effektiver Monitoring-  
1070 Mechanismus zur externen Evaluierung aller Frontex-Aktivitäten  
1071 eingerichtet werden. In diesem sind auch zivilgesellschaftliche Akteure  
1072 einzubinden. Frontex muss außerdem zu einer erweiterten, transparenten und  
1073 proaktiven Rechenschaftspflicht mit dem Ziel einer verstärkten  
1074 demokratischen Kontrolle auch durch ein parlamentarisches Kontrollgremium  
1075 im Europaparlament verpflichtet werden.

1076 Niedersachsen als sicherer Hafen

1077 Niedersachsen soll ein sicherer Hafen für geflüchtete Menschen sein. Dafür  
1078 beschließen wir:

1079 • Niedersachsen soll sicherer Hafen werden und damit die Bereitschaft  
1080 erklären, auch über die Verteilquote des Bundes hinaus mit einem eigenen  
1081 Landesaufnahmeprogramm Menschen aufzunehmen

1082 • Wir lehnen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete konsequent ab,  
1083 insbesondere nach Syrien und Afghanistan. Deutschland soll und  
1084 geflüchteten Menschen auch in Zukunft eine neue und sichere Heimat sein

1085 • Ebenso lehnen wir das Konstrukt der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten  
1086 weiterhin ab

1087 • Wir setzen uns ein für die Aufnahme von Flüchtlingen und fordern die  
1088 umgehende Evakuierung der Flüchtlingslager innerhalb der EU und an den  
1089 europäischen Außengrenzen

1090 • Wir wollen eine schnelle und unkomplizierte Teilhabe von Geflüchteten,  
1091 dazu setzen wir uns für eine dezentrale Unterbringung ein, fördern Sprach-  
1092 und Weiterbildungskurse sowie Betriebe bei der Ausbildung von  
1093 Geflüchteten. Ebenso ist der Zugang zu öffentlichen Bildungsangeboten, zur  
1094 Schule, Kindertagesstätten und weiteren Fördereinrichtungen für  
1095 geflüchtete Menschen sicherzustellen und zu verbessern.

1096 • Wie wichtig Gesundheitsversorgung ist, zeigt gerade jetzt die Pandemie:  
1097 Alle Geflüchtete Menschen, die bei uns Leben müssen ohne Hürden Zugang zum

1098 Gesundheitssystem bekommen, deshalb wollen wir die Abschaffung des  
1099 Asylbewerberleistungsgesetzes.

- 1100 • Niedersachsen soll sich aktiv für eine erfolgreiche Umsetzung des  
1101 Aktionsplans des Europarats zum Schutz von insbesondere schutzbedürftigen  
1102 Personen im Kontext von Migration und Asyl in Europa (2021-2025) einsetzen  
1103 und die notwendige Kooperation Deutschland mit anderen Mitgliedsstaaten  
1104 vorantreiben.

#### 1105 Gleichberechtigte Mitbürger\*innen

1106 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wer in Deutschland geboren wird, soll den  
1107 Anspruch erhalten, deutsche\*r Staatsbürger\*in zu werden, wenn ein Elternteil  
1108 rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Denn Einwanderung  
1109 trägt ganz entscheidend zum Wohlstand und der Zukunftsfähigkeit Niedersachsens  
1110 und Deutschland bei. Deshalb setzen wir uns für folgende Verbesserungen ein:

- 1111 • Ein modernes Einwanderungsgesetz, das für unseren neuen Mitbürger\*innen  
1112 klare und transparente Regelungen schafft. Darüber hinaus wollen wir auf  
1113 Bundesebene, uns für die doppelte Staatsbürgerschaft und die Abschaffung  
1114 des Optionszwangs einsetzen.
- 1115 • für eine offene Einbürgerungspolitik, Mehrstaatigkeit muss hierbei  
1116 selbstverständlich sein.
- 1117 • Das Recht an Kommunalwahlen teilzunehmen für Mitbürger\*innen, die keine  
1118 EU Bürger\*innen sind und noch nicht eingebürgert wurden. Jede/r der in  
1119 Deutschland lebt, soll in Ihrer/seiner Kommune, die Möglichkeit erhalten,  
1120 wählen zu können.